

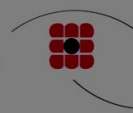
Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol  
am 30.10.2015

Die Fraktion der Freiheitlichen Arbeitnehmer hat auch in dieser Vollversammlung Anträge eingebracht. Zusätzlich zu den Anträgen wurde eine Resolution, „**Keine Öffnung des Arbeitsmarkts für Asylwerber**“, der Vollversammlung zur Abstimmung vorgelegt. Diese wurde gegen die Stimmen unserer Fraktion an zwei Ausschüsse verwiesen. Da dieses Thema zur Zeit aktuell diskutiert wird hätten wir uns eine eindeutige Haltung der AK-VOLLVERSAMMLUNG gewünscht. Wir wollen weder Asylwerber verunglimpfen noch Ängste in der Bevölkerung schüren, wie uns von verschiedenen Seiten vorgeworfen wird. Wir stehen für unsere Tiroler Arbeitnehmer ein, die sich zu niederen Löhnen und hohen Lebenshaltungskosten nicht noch einen weiteren Verdrängungswettbewerb nach dem Motto „Machs billiger, und sei williger“ verdient haben.

KR Franz Ebster  
Fraktionsobmann FA-Tirol in der AK-Tirol



Freiheitliche Arbeitnehmer Tirol



sehen & verstehen...  
neue Wege gehen!

## **Antrag 1**

**Kostenlose FSME-IMPfung für Kinder und Jugendliche**

**an die 168. Vollversammlung der Kammer  
für Arbeiter und Angestellte für Tirol**

Die 168. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol fordert die Tiroler Gebietskrankenkasse auf, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen dass künftig alle Kinder und Jugendlichen eine kostenlose FSME-Impfung erhalten.

Begründung:

Die Frühsommer – Meningoencephalitis ist eine Viruserkrankung, welche durch Zecken übertragen wird. Die Ansteckung erfolgt in der warmen Jahreszeit. Den einzigen Schutz stellt die Impfung dar. Für Familien mit mehreren Kindern, für Alleinerzieherinnen und sozial Schwächere stellen aber die Kosten der Impfung häufig eine enorme Belastung dar. Gerade in wirtschaftlich schweren Zeiten treffen die Kosten dieser Impfung viele Menschen besonders hart. Es steht zu befürchten, dass die Zahl der Impfungen in den nächsten Jahren abnehmen und gleichzeitig die Zahl der Erkrankungen ansteigen wird.

Eine Kostenübernahme der Impfung ist daher nicht nur aus gesundheitlicher, sondern auch aus sozialer Sicht in jedem Fall gerechtfertigt. Daher soll die Tiroler Gebietskrankenkasse aufgefordert werden, unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen für eine kostenlose FSME- Impfung für Kinder und Jugendliche.

Für die Fraktion:  
KR Franz Ebster

## **Antrag 2**

### **Maßnahmen für mehr Beschäftigung und Wirtschaftswachstum**

#### **an die 168. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol**

Die 168. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol fordert die Tiroler Landesregierung und die Österreichische Bundesregierung auf schnellstmöglich Infrastrukturmaßnahmen, Fördermaßnahmen anzugehen, beziehungsweise vorzuziehen um der steigenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

#### **Begründung:**

Mit schönen Worten und vollmundigen Ankündigungen muß endlich Schluß sein. Nach den neuesten Berechnung und Einschätzungen von Konjunktexperten wird die Arbeitslosigkeit noch bis 2018 steigen und fast 10% erreichen. Diese Zahlen fordern ein sofortiges Handeln der Landesregierung und der Bundesregierung. Infrastrukturmaßnahmen vorzuziehen wäre ein Gebot der Stunde, um die jetzt schon hohe Arbeitslosigkeit zumindest zu stabilisieren. Bei öffentlichen Ausschreibungen dazu muß eine Form gefunden werden um die heimischen Betriebe bei der Erhaltung von Arbeitsplätzen zu unterstützen. Fördermaßnahmen bei Sanierung von Wohnraum gehören erweitert und verbessert. Die Kosten für diese Maßnahmen wären Volkswirtschaftlich und Sozial gerechtfertigt.

Für die Fraktion:  
KR Franz Ebster

### **Antrag 3**

Nachbesserung der bestehenden Konkurrenzklausele

#### **an die 168. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol**

Die 168. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol fordert die Bundesregierung auf hier im Sinne der betroffenen Arbeitnehmer folgende Punkte einzuarbeiten.

- Unter einem Verdienst von Euro 5.000.- brutto müssen Konkurrenzklausele verboten werden.
- Gebiets-und Länderbezogene Angaben beschränken den Arbeitnehmer in seiner Freiheit und sind daher zu verbieten.
- Eventuelle Konkurrenzklausele müssen bei „ Einvernehmlicher Auflösung“ des DV automatisch ihre Wirkung verlieren.

Begründung:

In einige Branchen ist die Konkurrenzklausele schon Standard im Arbeitsvertrag. War die Konkurrenzklausele in früherer Zeit als Schutz gedacht, wenn Top-Manager oder Techniker durch Selbstkündigung direkt zur Konkurrenz wechseln wollten, so sind bei der aktuell gültigen Gehaltsgrenze von Euro 2635.- brutto Arbeitnehmer betroffen die nicht zum Management oder Führungspersonal gehören. Für diese Arbeitnehmer sind solche Klausele reine Schikane die Sie in Ihrem Berufsleben behindern.

Wenn Top-Manager mit Klausele ausgestattet werden mag das vertretbar sein, aber nicht der „einfache Arbeitnehmer“.

Für die Fraktion:  
KR Franz Ebster

## **Resolution**

der 168. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol am 30.10.2015

### **Keine Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylwerber**

Insgesamt wurden in Österreich in den ersten sieben Monaten in diesem Jahr 37.046 Asylanträge gestellt. Im Vorjahr waren es im Vergleichszeitraum mit 11.265 Anträge um knapp 25.800 weniger Anträge, die in Österreich eingingen. Rechnet man die vorläufige Antragszahl von etwa 9.000 Asylanträgen im August zu den Zahlen von 2015 dazu, gingen rund 46.000 Asylanträge bis Ende August in Österreich ein.

Das schwache Wirtschaftswachstum und das steigende Arbeitskräfteangebot haben Ende Juli 2015 zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. 376.522 Menschen (davon 56.642 Schulungsteilnehmer) waren Ende Juli ohne Job, um 7,2 Prozent mehr als im Juli des Vorjahres 2014.

Forderungen seitens des Tourismus und Teilen der Wirtschaft den Arbeitsmarkt für Asylwerber zu öffnen sei ein Riegel vorzuschieben und strikt abzulehnen.

Hier steuere man auf ein weiteres Lohndumping im Tourismus und in der Wirtschaft zu. Man habe schon in den letzten Jahren vermehrt auf billige Arbeitskräfte aus dem Osten zurück gegriffen und somit eine Politik der Gewinnmaximierung betrieben.

Bei solchen Arbeitslosenzahlen und solchen Forderungen seitens Tourismus und Teilen der Wirtschaft stoßen in große Teilen der Bevölkerung auf Unverständnis und gefährde den sozialen Frieden!

Argumente der Arbeitgeber, man bekomme keine heimischen Fachkräfte in der Gastronomie, liege mehr am Lohnniveau im Hotel -und Gastgewerbe. Jetzt noch den Arbeitsmarkt für Asylwerber zu öffnen gefährde die Beschäftigung gut integrierter Menschen mit Migrationshintergrund und heimischer Arbeitskräfte.

Die 168.Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol fordert die Österreichische Bundesregierung und besonders Sozialminister Rudolf Hundstorfer auf, keine Öffnung des heimischen Arbeitsmarktes für Asylwerber zu garantieren.

Für die Fraktion:  
KR Franz Ebster